

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE-Initiativen im Landtag vor.

In dieser Ausgabe blicke ich auf den soeben beschlossenen [Haushalt 2019/20](#), erläutere unseren Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im [Wahlrecht](#) und stelle unser [Aktionsprogramm für Klima- und Gesundheitsschutz](#) vor. Mit Anträgen haben wir uns für [bezahlbares Wohnen](#), die Stärkung der [Alkoholprävention](#), [Inklusion und Barrierefreiheit](#) sowie die bessere [Unterstützung politisch Verfolgter in der DDR](#) eingesetzt. Im Plenum wurde die Abschaffung von [Hartz IV](#), die [Organspende](#), die sächsische [Familien-](#) und [Pflegepolitik](#) kontrovers diskutiert. Außerdem ist ein [Rückblick zum 12. Klimakongress](#) in diesem Newsletter zu finden, ebenso wie die neue Ausgabe der [SaxGRÜN](#) und ein Überblick zu unseren [Social Media](#)-Kanälen.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Start ins neue Jahr und eine spannende Lektüre! Über Rückmeldungen freue ich mich.

Volkmar Zschocke

Haushalt 2019/20

Am 13. Dezember 2018 wurde der Doppelhaushalt 2019/20 nach intensiver zweimonatiger Beratung im Sächsischen Landtag beschlossen. Zweifelsohne ist das ein Rekordhaushalt -mit Blick auf die bereitgestellten Gelder. Aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion ist es jedoch in erster Linie ein Wahlkampfhaushalt. Was er nicht liefert, sind Lösungen für strukturelle Probleme im Land. Was fehlt, sind echte Antworten auf Fragen, welche den Lebensalltag der Menschen in Sachsen betreffen: Bildung, Pflege, Kinderbetreuung, Strukturwandel, Mobilität, Klimawandel, Umwelt. Wir wollen unter anderem eine Jugendoffensive, eine Verbesserung der Qualität in Kitas, gute Mobilität in Stadt und Land, eine umweltschonende Landwirtschaft. Dazu haben wir zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. All unsere Vorschläge können wir finanzieren – und das ohne Mehrausgaben. Wir wollen Sachsen für die Zukunft gut aufstellen.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich haben wir uns für Erhöhungen bei der Familienbildung, Familienfreizeit und -erholung eingesetzt und zumindest einige Verbesserungen erreicht. Keine Zustimmung von der CDU-SPD-Koalition gab es für unsere Änderungsanträge zur Erhöhung der Landeszuschüsse für das EU-Programm für Schulobst und -gemüse (1,7 Mio. jährlich), für ein neues Landesprogramm zur Förderung barrierearmer, generationenübergreifender Quartiere (2019: 7,5 Mio. / 2020: 10 Mio.), zur Jugendoffensive (Gesamtvolumen von 14 Mio.

jährlich), zur Stärkung der Pflegekoordinatoren (650.000 Euro jährlich), für zusätzliches Personal im Bereich der Lebensmittelkontrolle (7 Stellen) und zur Personaloffensive, wodurch zukunftsfähige Personalentwicklung auch im Sozialministerium ermöglicht werden soll.

- [Generaldebatte: Sachsen für die Zukunft gut aufstellen](#)
- [Haushaltsdebatte zum Bereich Soziales und Gesundheit](#)
- [GRÜNE Haushaltsinitiativen grafisch erklärt](#)
- [GRÜNE Jugendoffensive](#)
- [GRÜNE Personaloffensive](#)

Wahlrecht ist Menschenrecht

Gut 4.000 Menschen mit Behinderungen dürfen in Sachsen gesetzlich nicht wählen. Für viele weitere ist der Zugang zu Wahlverfahren und Wahlrechtsausübung unmöglich oder erschwert. Unsere Fraktion will dies ändern und hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Wahlrecht in den Sächsischen Landtag eingebracht. Es kann nicht sein, dass volljährigen Staatsbürger*innen dieses zentrale Bürgerrecht weiterhin vorenthalten wird. Ich bin überzeugt, Betreuung bedeutet nicht, dass Menschen nicht entscheidungsfähig sind. Betreuung bedeutet vielmehr, dass sie Unterstützung brauchen, um Entscheidungen zu treffen. Andere Bundesländer sind hier viel weiter, sogar auf der Bundesebene besteht Einigung, den Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Vollbetreuung zu beenden. Weiteres Abwarten führt dazu, dass die betroffenen Personen im nächsten Jahr bei Europa-, Kommunal- und Landtagswahl wieder nicht mitwählen können. Neben der Aufhebung der Wahlrechtsausschlüsse wollen wir die Barrierefreiheit in Wahllokalen bis 2023 gewährleisten. Der Gesetzentwurf wurde im November in 1. Lesung in den Landtag eingebracht und wird im Frühjahr 2019, nach der Beratung im Sozialausschuss, im Plenum abgestimmt.

- [GRÜNER Gesetzentwurf](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfs](#)

Aktionsprogramm Klima- und Gesundheitsschutz

Mitten im Hitzesommer 2018 hat die GRÜNE-Fraktion ein Aktionsprogramm 'Klimaschutz und Extremwetteranpassung' für Sachsen vorgelegt. In elf Punkten zeigen wir, wie der Klimaschutz und die Klimawandelanpassung in Sachsen gestaltet werden sollte. Die Einzelmaßnahmen des Aktionsprogramms wurden von uns, im Beratungsverfahren zum Doppelhaushalt 2019/2020, finanziell untersetzt. Die Vielzahl an Änderungsanträgen umfasst ein Gesamtvolumen von etwa 250 Millionen Euro. Kleine Anfragen von mir zeigen: Die Staatsregierung ignoriert noch immer die Gesundheitsrisiken, die mit dem Klimawandel verbunden sind. Wir for-

dern eine bessere Vorbereitung auf Extremwetterlagen. Zum Gesundheitsschutz für ältere Menschen und kleine Kinder braucht es beispielsweise Hitze-Notfallpläne in Sachsen.

- [Aktionsprogramm "Klimaschutz und Extremwetteranpassung"](#)
- [Pressemitteilung zum Aktionsprogramm](#)
- [Kleine Anfrage: Konsequenzen aus dem Hitzesommer 2018](#)
- [Kleine Anfrage: Erstellung von Hitzeaktionsplänen](#)
- [Pressemitteilung zu Klimawandel und Gesundheitsrisiken](#)

Bezahlbares Wohnen

Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist für Menschen, die aktuell auf Wohnungssuche sind, ein wichtiges und oftmals belastendes Thema. Dabei zeigt sich in den letzten Jahren auch in Sachsen, dass selbst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Einkommen im unteren bis niedrigen mittleren Lohnbereich, die bisher keinen Anspruch auf die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines haben, keinen für sie bezahlbaren Wohnraum finden. Um das zu ändern, haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht. Der Wohnungsmarkt wird immer angespannter, weil die Förderung von sozialem Wohnungsbau jahrelang auf Sparflamme lief. In Sachsen wurden die Gelder bis 2016 gar nicht für diesen Zweck verwendet. Hier sind CDU und SPD in den letzten Jahren krachend gescheitert, auf Bundes- und auf Landesebene. In der Debatte zur Wohnungslosigkeit habe ich die Abgeordneten von CDU und SPD an das Versprechen im Koalitionsvertrag erinnert, bis 2016 eine Strategie zur Armutsbekämpfung in Sachsen vorzulegen. Denn bis heute ist nicht wirklich viel passiert. Obwohl die Kinderarmut konstant hoch bleibt, die Armut bei Alleinerziehenden besonders stark ausgeprägt ist und die Altersarmut weiter zunimmt. Hinzu kommt, dass die Staatsregierung weiterhin im Dunkeln tappt, wie viele Menschen in Sachsen wohnungslos sind. Der Hilferuf von Sozialverbänden, wie der Diakonie Sachsen, über die stetig steigende Zahl an Hilfesuchenden wird ignoriert. Sachsen hat - trotz jahrelanger Diskussion - noch immer keine Wohnungslosen-Statistik.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Pressemitteilung: Wohnberechtigungsschein bei niedrigem Einkommen ermöglichen](#)
- [Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag](#)
- [ergänzende Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag](#)
- [Pressemitteilung: Bezahlbarer Wohnraum für Studierende](#)
- [Rede zu Wohnungslosigkeit in Sachsen](#)

Hartz IV

Die oft geäußerte Unterstellung, wir GRÜNEN würden unsere Mitverantwortung an der Agenda 2010 nicht kritisch aufarbeiten, ist schlichtweg falsch. Seit vielen Jahren bringen wir regel-

mäßig Anträge in den Bundestag ein, um dieses entwürdigende System zu reformieren, die Regelsätze anzuheben und die Sanktionen zu beenden. Jetzt muss die Frage beantwortet werden, wie eine sanktionsfreie Grundsicherung konkret aussehen und finanziert werden soll. Hartz IV abzuschaffen und zu dem System davor zurückzugehen, wäre grundfalsch. Ich habe als Sozialarbeiter in diesem alten System der Sozialhilfe gearbeitet. Auch damals fielen Menschen durchs Netz, wurden hart sanktioniert oder weit bis in das Existenzminimum hinein gekürzt. Es geht kein Weg zurück. Der Weg in die Zukunft führt über ein neues Grundsicherungssystem, dass dem rasanten Wandel der Arbeitswelt, der Armutsentwicklung und den Veränderungen von Familie und Lebensmodellen gerecht wird. Wir brauchen eine Garantiesicherung, die Menschen davor bewahrt, in Würdelosigkeit zu fallen. Wie wir GRÜNEN das konkret umsetzen wollen, habe ich im Landtag erläutert.

→ [Rede zur Abschaffung von Hartz IV](#)

Alkoholprävention

2015 wurde das nationale Gesundheitsziel „Alkoholkonsum reduzieren“ veröffentlicht. In einem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, dieses Gesundheitsziel mit konkreten landespolitischen Maßnahmen aktiv zu unterstützen. Die Alkoholprävention in Sachsen muss ausgebaut werden. Der Suchtbericht für Sachsen belegt jedes Jahr aufs Neue: Alkohol ist weiterhin die Problem- und Nummer eins. Der Freistaat liegt im Bundesvergleich auf Rang vier mit 23 Alkohol-Toten pro 100.000 Einwohner. Mit über 1.000 Menschen sterben in Sachsen überdurchschnittlich viele an den Folgen alkoholbedingter Krankheiten. Es reicht nicht aus, dass die Staatsregierung sich in der Stellungnahme zum Antrag auf >>zahlreiche Projekte und Aktivitäten zur Prävention<< beruft. Die Zahlen für Sachsen sind weiterhin alarmierend hoch, eine Trendwende ist bis jetzt nicht in Sicht. Die Ablehnung des Antrags im Sozialausschuss Ende August - durch die Stimmen von CDU und SPD - ist, angesichts dieser Zahlen, das falsche Signal.

→ [Antrag](#)

→ [Stellungnahme zum Antrag](#)

→ [Pressemitteilung](#)

Unterstützung politisch Verfolgter in der DDR

Lange nach dem politischen Umbruch von 1989 leben von DDR-Unrecht Betroffene viele in einer schwierigen finanziellen Lage. Studien belegen bleibende Gesundheitsschäden bei den Verfolgten, die bis heute auch finanzielle Auswirkungen für die Betroffenen bedeuten. Mit Blick auf das Gedenken an 30 Jahre friedliche Revolution 2019 wäre es ein wichtiges Signal für diese Menschen, eine finanzielle Besserstellung bei Renteneintritt auf den Weg zu bringen.

Die GRÜNE-Fraktion hat Ende August 2018 einen Antrag vorgelegt, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sich im Bundesrat der Initiative anderer Bundesländer anzuschließen. Damit soll erreicht werden, dass Personen, die bisher durch die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze nicht oder nur unzureichend rehabilitiert wurden, zukünftig ebenfalls finanziell unterstützt werden.

- [Pressemitteilung: Besseren Zugang zu Ausgleichsleistungen für Betroffene von DDR-Unrecht schaffen](#)
- [Pressemitteilung: Bundesrat stimmt für bessere Unterstützung von ehemaligen politisch Verfolgten in der DDR](#)

Inklusion und Barrierefreiheit

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die wir in allen Politikfeldern ernst nehmen. Auf Nachfrage meiner Kollegin Petra Zais an Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) geht hervor, dass Menschen mit Behinderung deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das zeigt uns, die Unterstützungsangebote des Freistaates für arbeitslose Schwerbehinderte gehören auf den Prüfstand. Programme, die ihre Wirkung verfehlen, müssen überarbeitet werden. Bei der wichtigen Debatte um die Gewinnung und Bindung neuer Lehrkräfte droht die Inklusion völlig aus dem Blick zu geraten. In einem Antrag fordert die GRÜNE-Fraktion die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an sächsischen Schulen und die Sicherung des inklusiven Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Dabei werden die Diagnostik und die Schuleingangsphase ebenso in den Blick genommen wie die benötigte Unterstützung der Schülerinnen und Schüler und die Frage der personellen und sächlichen Ressourcen. Unsere Initiative wurde im Schul-Ausschuss von CDU und SPD abgelehnt. Und noch etwas beschäftigt uns: 24 Prozent aller Bahnhöfe in Sachsen sind nicht barrierefrei. Wir fordern ein Landesprogramm, mit dem der Umbau der knapp 100 betroffenen Bahnhöfe strategisch angegangen werden soll. Nachfragestarke Bahnhöfe sowie Umsteigepunkte des Schienenpersonennahverkehrs sollen bis zum 01.01.2022 barrierefrei werden, alle weiteren Bahnhöfe und Haltepunkte bis zum 31.12.2025. Die Behindertenverbände, die betroffenen Kommunen und Zweckverbände sollen an diesem Prozess beteiligt werden.

- [Pressemitteilung: Schwerbehinderte stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen](#)
- [Pressemitteilung: Inklusion an Schulen](#)
- [Pressemitteilung: Landesprogramm für barrierefreie Bahnhöfe](#)

Familien

Familien in Armut brauchen unsere Unterstützung. Ich habe mich in den letzten Jahren dafür stark gemacht, Alleinerziehende zu stärken, die davon besonders häufig betroffen sind. Der Fa-

milienpass ist ein sinnvolles Angebot, denn der vergünstigte Eintritt bietet die Chance, Kindern in ihrer Freizeit den Zugang zu Kultur und Bildung zu ermöglichen. Eine Förderung an der Anzahl der Kinder festzumachen, greift aus meiner Sicht deutlich zu kurz. Alle Familien, die sich sonst keine Kultur leisten können, sollten von den Vergünstigungen des Familienpasses profitieren. Der Unterhaltsvorschuss ist eine finanzielle Leistung, die Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen soll, wenn ein Elternteil gar nicht oder zu wenig zahlt. Die Umsetzung des neuen Bundesgesetzes in Sachsen finde ich nicht zufriedenstellend.

- [Rede zum Familienpass](#)
- [Rede zum Familienbild der AfD](#)
- [Rede zum Unterhaltsvorschuss](#)

Pflege

Im Bereich der Pflege tut sich in Sachsen noch immer viel zu wenig. Allein mit Pflegedialogen der Staatsregierung kann dem Pflegenotstand nicht begegnet werden. Reden vorm Handeln ist gut, aber immer nur Reden statt zu Handeln ist schlecht. Unsere Fraktion hat ein Positionspapier veröffentlicht, in dem die Forderungen enthalten sind, die ich in die Enquete-Arbeit eingebracht habe. Die bereitgestellten Pflegebudgets sind nicht falsch, aber ein Tröpfchen auf den heißen Stein und helfen den Kommunen nur punktuell. Zwei Millionen Euro sind 2019/20 für die Umsetzung der Empfehlungen der Pflege-Enquete bereitgestellt. Das Geld wird kaum Wirkung entfalten können, gemessen an den riesigen Aufgaben in Sachsen, als dem Bundesland mit dem höchsten Altersdurchschnitt. Notwendig wäre jetzt das von uns geforderte Landesprogramm zur generationengerechten Quartiersentwicklung oder die Verdoppelung der Mittel für die Pflegekoordinatoren. Meine kleinen Anfragen zur Umsetzung der Pflegeberufereform in Sachsen zeigen: Statt zu handeln wartet die Staatsregierung weiterhin zur Bundesebene.

- [Kleine Anfrage: Inhalte der künftigen Pflegeausbildung in Sachsen](#)
- [Kleine Anfrage: Rahmenbedingungen für die generalistische Pflegeausbildung in Sachsen](#)
- [Kleine Anfrage: Finanzierung der Pflegeausbildung in Sachsen](#)
- [Rede zu Landespflegefördergeld](#)
- [Pressemitteilung zur Pflegeversicherung](#)

Organspende

Der Vorstoß des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn hat im September eine breite gesellschaftliche Debatte zur Organspende ausgelöst. Die Zahl der Transplantationen ist bundesweit auf einen Tiefststand, die Ursachen dafür bleiben weiterhin unklar. Aus meiner Sicht

greift es deutlich zu kurz, nur das Für und Wider der Widerspruchslösung zu diskutieren. Wir müssen Antworten auf die Frage finden, wie es gelingt, dass sich mehr Menschen von sich aus für eine Organspende entscheiden. Jeder und jede muss in der Lage sein, eine bewusste Entscheidung zu treffen. Wir brauchen Aufklärungs- und Informationskampagnen, die umfassend und ehrlich informieren.

→ [Rede zur Organspende](#)

Klimakongress

Der 12. Sächsische Klimakongress "Visionen – Zukunft ist gestaltbar" der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag begrüßte am Samstag, den 1. Dezember, über 300 Gäste im Hörsaalzentrum der TU Dresden. Wolfram Günther, Vorsitzender der Fraktion, stellte gleich zu Beginn klar: "Wir sind die erste Generation, die die Klimakrise richtig spürt, und die letzte, die sie noch verändern kann." Er bezeichnete die Klimakrise als eine politische Frage und appellierte vor allem an die sächsische Staatsregierung, ihrer Verantwortung für den Freistaat Sachsen endlich gerecht zu werden.

→ [Eröffnungsrede](#)

→ [Eröffnungsvortrag von Prof. Harald Lesch \(Video\)](#)

→ [Rückblick \(Text und Bild\)](#)

→ [Rückblick \(Video\)](#)

SAXGRÜN

Das Magazin der GRÜNEN-Landtagsfraktion präsentiert sich kurz vor dem Jahresende im neuen Gewand. Es enthält viele Informationen zur parlamentarischen Arbeit der GRÜNEN im Sächsischen Landtag. Einfach hier als PDF downloaden oder als Papierausgabe bestellen.

→ [SaxGRÜN \(Dezember 2018 / Ausgabe 31\)](#)

Social Media

Auf unseren Social-Media-Kanälen informieren wir über das Plenum und unsere weitere parlamentarische Arbeit. Folgen Sie uns gerne auf:

→ [Facebook](#)

→ [Instagram](#)

→ [Twitter](#)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

Newsletter Soziales & Gesundheit

3/2018 – Dezember

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
[volkmar.zschocke\(at\)slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke(at)slt.sachsen.de)
www.volkmar-zschocke.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Ju-
gend, SeniorInnen, Familie, Soziales, Menschen
mit Behinderung und Gesundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)